

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigenblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feierstunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreis: Beim Bezug in der Stadt bzw. Agenten monatl. RM. 1.50 einschl. 13 bzw. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einschl. 18 Pfg. Postgebühren, unabh. 36 Pfg. Postgeb. Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: W. B. Jaifer (Nah. R. Jaifer), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 halbjährige Beilage oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Nekrolog 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Zuschlag. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Aufträge und Geschäfts-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postl. Kto. Stuttgart 5113

Nr. 277 Begründet 1827 Freitag, den 25. November 1932 Fernsprecher Nr. 29 106. Jahrgang

Hitlers Vorschlag abgelehnt

Berlin, 24. Nov. Der Reichspräsident hat den Vorschlag Adolf Hitlers in seinem heute nachmittag überreichten Antwortschreiben abgelehnt.

Die amtliche Mitteilung besagt:

In seinem Schreiben vom 23. November 1932 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, daß der Herr Reichspräsident ihn ohne Vorbehalt und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle.

Der Herr Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaubt, es vor dem deutschen Volk nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, daß ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volk entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben der Herr Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte.

Die Einzelheiten der Verhandlungen der letzten Tage ergeben sich aus dem Schriftwechsel, der im Wortlaut im Lauf des heutigen Tags veröffentlicht werden wird.

Der Briefwechsel

Die Erklärung Hindenburgs

Berlin, 24. Nov. In der Unterredung, die am Samstag, 19. November, zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und Herrn Adolf Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, daß er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stelle, an dessen Spitze er selbst stehe. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, daß er in Besprechungen mit den Parteien eine Grundlage finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Daher fühlte sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen. Bei seiner zweiten Besprechung am Montag, 21. November, vormittags, übergab der Herr Reichspräsident daher Herrn Adolf Hitler die folgende formulierte Erklärung:

„Sie wissen, daß ich den Gedanken eines Präsidialkabinetts verwerfe. Ich verstehe unter einem Präsidialkabinett ein Kabinett, das nicht von einem Parteiführer, sondern von einem überparteilichen Mann geführt wird und daß dieser Mann eine Person meines besonderen Vertrauens ist. Sie haben erklärt, daß Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihrem Gedanken eingehe, so muß ich verlangen, daß ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat. Deshalb erlaube ich Sie als den Führer der stärksten Partei festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen Sie für eine von Ihnen geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit mit festem, einheitlichem Arbeitsprogramm im Reichstag haben würden. Ich bitte Sie um Ihre Antwort bis Donnerstagabend.“

Auf Anfrage von Herrn Hitler stellte der Herr Reichspräsident folgende Voraussetzungen fest für eine Regierungs- und Mehrheitsbildung, die er Herrn Hitler schriftlich formuliert übergab: 1. Sachlich: Festlegung eines Wirtschaftsprogramms — keine Wiederkehr des Dualismus Reich — Preußen — keine Einschränkung des Artikels 48. 2. Persönlich behalte ich mir die endgültige Zustimmung zu einer Ministerliste vor. Die Besetzung des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums ist in Wahrung meiner verfassungsmäßigen Rechte als völkerrechtlicher Vertreter des Reichs und Oberbefehlshaber des Reichsheers Sache meiner persönlichen Entscheidung.“

Herr Hitler nahm diese beiden Schriftstücke entgegen mit der Erklärung, seine Antwort dem Herrn Reichspräsidenten schriftlich übermitteln zu wollen.

Hitlers Vorschläge

Aus dem umfangreichen Schreiben sind folgende Vorschläge des Wesentlichen:

- 1. Der Herr Reichspräsident fordert mich auf, vom Tag der Auftragserteilung an binnen 48 Stunden ein kurzes Programm über die beabsichtigten innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorzulegen.
- 2. Ich werde nach Billigung dieses Programms binnen 24 Stunden dem Herrn Reichspräsidenten eine Ministerliste vorlegen.
- 3. Ich werde neben anderen aus der derzeitigen Regierung zu übernehmenden Ministern dem Herrn Reichspräsidenten selbst für das Reichswehrministerium als seinen mit bekannten persönlichen Vertrauensmann General von Schleicher, für das Reichsaußenministerium Freiherrn von Neurath vorschlagen.

4. Der Herr Reichspräsident ernennt mich darauf zum Reichskanzler und bestätigt die von mir vorgeschlagenen und von ihm anerkannten Minister.

5. Der Herr Reichspräsident erteilt mir den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen und gibt mir zu dem Zweck jene Vollmachten, die in so kritischen und schweren Zeiten auch parlamentarischen Reichskanzlern nie verweigert worden sind.

6. Ich verspreche, daß ich unter vollem Einsatz meiner Person und meiner Bewegung mich aufopfern will für die Rettung unseres Vaterlands.

Der Antwortbrief Reichners

Berlin, 24. Nov. Die schriftliche Antwort des Staatssekretärs Dr. Reichner auf die Vorschläge Hitlers wurden diesem um 3 Uhr nachmittags übergeben. Hitler beantwortete das Schreiben umgehend in einem zwei Seiten langen Brief. Beide Schreiben sollen veröffentlicht werden.

Empfang der Parteiführer

Der Reichspräsident wird die Parteiführer Raas, Hugenberg, Schäffer und Dingeldey zu einer Aussprache über die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung im Reichstag empfangen. Prälat Raas war nachmittags bei Hindenburg; die Besprechung wird Freitag nachmittags fortgesetzt.

Amtliche Erklärung

Berlin, 24. Nov. Von nationalsozialistischer Seite wird jetzt behauptet, der Auftrag des Reichspräsidenten an Hitler betr. Mehrheitsbildung sei „nicht ehrlich“ gewesen, sondern habe durch die bekannten Bedingungen unmöglich gemacht werden sollen. Dazu wird amtlich erklärt, daß das

Wort „Bedingungen“ überhaupt nicht gefallen ist, sondern immer nur von Voraussetzungen die Rede war. Weiter wird die Stelle in dem Briefwechsel des Staatssekretärs Dr. Reichner unterstrichen, in der gesagt wird, daß die Voraussetzungen keineswegs eine *conditio sine qua non* seien, sondern man brauche kein absolutes Hindernis für die Regierungsbildung darin zu sehen, daß etwa der eine oder der andere Punkt sich als nicht durchführbar erweise. Wenn von nationalsozialistischer Seite bestritten wird, daß Hitler den Voraussetzungen zugestimmt habe, so wird festgestellt, daß Hitler tatsächlich keine Einwendungen erhoben hat. Aus dem Protokoll über die Besprechungen des Reichspräsidenten mit den Parteiführern ergibt sich auch, daß keiner der Parteiführer Einspruch gegen die Befestigung des Dualismus von Reich und Preußen erhoben hat.

Schon in der Besprechung zwischen dem Reichspräsidenten und Adolf Hitler am 13. August war nur eine Lösung vorgezogen, nach der nicht der Reichskanzler, sondern der Reichsminister und der preussische Ministerpräsident dieselbe Person sein sollten. Ferner wird die Stellung in dem Briefwechsel des Staatssekretärs Reichner unterstrichen, in der ausdrücklich erklärt wird, daß ein Kabinett Hitler sich ähnlich wie das Kabinett Brüning mit der Zeit zum Präsidialkabinett wandeln könnte. Das ist nach Auffassung politischer Kreise in der Tat die große Chance, die der Reichspräsident dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung gegeben hat. Hitler hat keine Bedenken gehabt, sich über den Reichstag hinwegzusetzen, sondern er hielt auch den Weg zum Präsidialkabinett für möglich. Um so mehr hätte der Führer der NSDAP dem Erlaßen des Reichspräsidenten entsprechen müssen, Hitler aber verlannte die bedingungslose Vertrauens mit dem Kanzleramt und wollte nach seiner Ernennung erst die Auseinandersetzung mit dem Reichstag beginnen. Das ist ein Weg, den der Reichspräsident nicht einem Parteiführer, vielmehr nur einer über den Parteien stehenden Persönlichkeit seines besonderen Vertrauens öffnen kann.

Reichspräsident Göring sagte vor Pressevertretern, der Reichspräsident habe durchblicken lassen, daß das persönliche Vertrauensverhältnis Hitler gegenüber nicht gegeben sei. Es sei die Frage, wieweit der Auftrag überhaupt ernstlich gemeint gewesen sei. Göring bestritt, daß Hitler und die andern Parteiführer den Vorbehalt zugestimmt hätten. Bayern und Zentrum würden z. B. der Vereinigung der Aemter des Kanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten nie zugestimmt haben.

Die Lage in Genf

Die Voraussetzungen für eine Fünfmächtekonferenz noch nicht gegeben

Genf, 24. Nov. Nach den bisherigen nichtamtlichen Besprechungen von Vertretern der Großmächte beim Völkerbundsrat zu dem Zweck, Deutschland in die Abrüstungskonferenz zurückzuführen, ist die Lage so, daß der deutsche Außenminister in seinen Unterredungen mit den Vertretern Englands, Amerikas und Italiens für den Wunsch dieser Mächte volles Verständnis und weitgehendes Entgegenkommen gezeigt hat. Deutschland hat ja auch die Vorschläge der Simon-Rebe — bei aller Kritik im einzelnen — als eine brauchbare Erörterungsgrundlage über die Gleichberechtigung anerkannt. Es muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß es dem englischen Außenminister bis jetzt nicht gelungen ist, auch Frankreich, auf dessen Haltung es entscheidend ankommt, für den gleichen Standpunkt zu gewinnen. Frankreich stellt seinen Plan, der in vorläufiger noch ganz unüberlegter Weise die Gleichberechtigung im Rahmen einer allgemeinen Sicherheitsorganisation herbeiführen will in den Vordergrund und ist nicht bereit, auf den Boden der Simon-Vorschläge zu treten. Solange Frankreich bei dieser Haltung bleibt, sind naturgemäß für eine Konferenz der fünf Mächte die logischen Voraussetzungen nicht gegeben, denn eine derartige Konferenz hätte nur dann Zweck und Sinn, wenn sie auf die allein akute und von allen übrigen Großmächten gewünschte Erörterung der Simon-Vorschläge beschränkt bliebe. Andernfalls wäre sie ein überflüssiges Konkurrenzunternehmen zur Abrüstungskonferenz. Da noch keine Anzeichen für eine Aenderung der französischen Haltung vorliegen, läßt sich ein Zeitpunkt für diese Konferenz nicht absehen.

„Echo de Paris“ zu den Genfer Besprechungen

Paris, 24. Nov. Nach Ansicht des Außenpolitikers des „Echo de Paris“ sind die Genfer Verhandlungen jetzt an einem kritischen Punkt angelangt. Gegen das Versprechen, die Sicherheitsfrage gleichzeitig mit der Gleichberechtigung zur Erörterung zu stellen, sei Frankreich zu einer Fünferkonferenz bereit, die nächste Woche beginnen würde. Notwendigerweise müsse Frankreich sich auch über Artikel 160 des Versailles Vertrags aussprechen, der die Rolle des deutschen Heers bestimme. Der Außenpolitiker fügt hinzu, er habe erfahren, daß die deutschen Vertreter wahrscheinlich nicht an einer Fünferkonferenz teilnehmen würden, auf der die Sicherheitsfrage angeschnitten werde. Getreu ihrer Ver-

haltungslinie würden sie erst dann an diesen Verhandlungen teilnehmen, nachdem sie im voraus den Grundgedanken der Gleichberechtigung durchgesehen hätten.

Die Spannung zwischen Kolumbien und Peru

Genf, 24. Nov. Der Außenminister von Ecuador hat dem Völkerbundsekretariat eine Denkschrift überreicht, in der der Beforgnis über die Spannung zwischen Kolumbien und Peru und über die kriegerischen Vorbereitungen in beiden Ländern Ausdruck gegeben wird. Die Denkschrift spricht die Erwartung aus, daß bei einer Auseinandersetzung zwischen Kolumbien und Peru für Ecuador keine Nachteile entstehen und daß es bei dieser Gelegenheit eine gerechte und endgültige Lösung seiner Grenzansprüche im Amazonasgebiet erlangen werde.

Neue Nachrichten

Die SPD erhält durch Listenverbindung ein weiteres Mandat

Müheim-Ruhe, 24. Nov. In der heute abgehaltenen Sitzung des Kreiswahlausschusses im 23. Wahlkreis Düsseldorf-West wurde festgestellt, daß der SPD, infolge der Listenverbindung mit Düsseldorf-Ost ein weiteres Reichstagsmandat zufällt, das Walter Franz in Bodum übertragen wird. In Düsseldorf-West sind demnach endgültig gewählt 4 Nationalsozialisten, 1 Sozialdemokrat, 4 Kommunisten, 5 Zentrum Abgeordnete und 1 Deutschnationaler. Die Gesamtzahl der Abgeordneten erhöht sich somit auf 585.

Zehn Jahre Zuchthaus für Diebstahle

Osbadach-Rhepdt, 24. Nov. Vor dem Sondergericht Osbadach hatte sich gestern der Reichsanwaltmann Karl Klein zu verantworten, der bei einem Überfall auf Nationalsozialisten als einziger von den Angreifern gestellt worden war. Der Überfall hatte sich zwei Tage nach Erloß der Terrornotverordnung ereignet. Klein war mit einigen Nationalsozialisten in einem Wortwechsel geraten, der dazu führte, daß Bewohner der benachbarten Kolonie ein Steinbombardement auf die Nationalsozialisten eröffneten. Klein selbst hatte den Gegnern mehrere Diebstahle verübt. Damit war der Laibbestand der Zusammenrottung zwecks Vornahme von Gewalttätigkeiten erfüllt und das Gericht



